

Energiewende atomkraftfreies
Schwaben e.V.

Raimund Kamm, Luitpoldstr. 26, 86157
Augsburg, T.: 0821-541936 (F -541946)
Kamm@gmx.de
>NochmehrPU10.2.06 10.2.06 Seiten-Anzahl: 2<

Medienerklärung

Geheimer Deal zwischen Akw Gundremmingen und Bay. Umweltministerium:

Noch mehr Plutonium nach Schwaben

Mit einer irreführenden, ja lügnerischen Begründung versucht das Akw Gundremmingen einen weiteren fatalen Schritt zu bemänteln. Deutschlands größtes Kernkraftwerk soll jetzt wohl auch noch Deutschlands größte Plutoniumanlage werden.

Mischoxidbrennelemente (MOX-BE) bestehen nicht nur aus Uranoxid sondern auch noch aus Plutoniumoxid. Dieses Plutonium kommt in der Natur praktisch nicht vor und entsteht erst durch Neutroneneinfang aus Uran₂₃₈ beim Einsatz „normaler“ Uranbrennelemente im Kernreaktor. In den Plutoniumfabriken Englands und Frankreichs, die man in Deutschland zur Beschönigung Wiederaufarbeitungsanlagen nennt, wird das Plutonium aus den verstrahlten Brennelementen abgetrennt. Ursprünglich hat man so den Spaltstoff für die Atombomben gewonnen. Da man heute - bildlich gesprochen - auf einem Berg des extrem gefährlichen Plutoniums sitzt, von dem schon die Einatmung eines Millionstel Gramms ziemlich sicher Lungenkrebs erzeugt, will man den Stoff in MOX-BE unterbringen. Dort kann es zwar Energie liefern, vergrößert aber sowohl die Probleme im Reaktor als auch beim Atommüll.

Und dabei wird entgegen der dreisten Behauptung des Kernkraftwerks Gundremmingen kein Plutonium entsorgt. Zwar wird PU aus den MOX-BE gespalten, aber diese Spaltprodukte strahlen ebenfalls tödlich und müssen entsorgt werden. Gleichzeitig entsteht allerdings in den MOX-BE aus Uran₂₃₈ durch Neutroneneinfang neues Plutonium. Ein MOX-BE enthält nach dem Einsatz ähnlich viel Plutonium wie vor dem Einsatz im Atomreaktor. Und es besteht dann zusätzlich zu einigen Prozenten aus tödlichen Spaltprodukten wie Cäsium₁₃₇ (Halbwertszeit 30 Jahre) oder Jod₁₂₉ (Halbwertszeit 16 Millionen Jahre). Die Entsorgung der Spaltprodukte und des Plutoniums ist zudem völlig ungewiß, weil es entgegen aller Versprechungen bis heute nirgends auf der Erde ein Endlager für diese Stoffe gibt.

Unabhängige Fachleute haben immer wieder die Befürchtung geäußert, daß sich MOX-BE im Reaktor physikalisch anders verhalten und die Sicherheitspuffer kleiner werden. Bis heute hat das Akw sich geweigert, Erfahrungsberichte aus dem Einsatz von MOX-BE zu veröffentlichen und damit der kritischen wissenschaftlichen Diskussion zugänglich zu machen.

Mit dem Einsatz von noch mehr Plutonium wird auch das Versprechen von Anfang der 1990er Jahre gebrochen, beim Einsatz von MOX-BE in Gundremmingen nur das dort erzeugte Plutonium wieder in den Reaktor zu bringen.

Mit der irreführenden Überschrift „Einsatz weiterentwickelter MOX-Brennelemente zugelassen“ wird bemäntelt, daß jetzt in Gundremmingen vermutlich Plutonium von Kalkar (NRW), aus Biblis und Hanau (Hessen) usw. zusammengeführt wird. Und offenbar hatte man ein sehr schlechtes Gewissen sowohl bei RWE und EON wie auch beim Bayerischen Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Denn man hat den Antrag für den Einsatz von noch mehr Plutonium geheim gehalten. Die Bürger wurden nicht informiert und gehört und sollen jetzt vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Man informiert die Bevölkerung Süddeutschlands auch nicht darüber, daß MOX-BE erheblich länger in Zwischenlagern abklingen müssen. Vermutlich plant man schon, auch noch das Versprechen, die Zwischenlager nach 40 Jahren wieder zu räumen, zu brechen. Keiner der heute im Akw und im Ministerium Verantwortlichen kann dann ja noch zur Rechenschaft gezogen werden.

Gegen den Einsatz der plutoniumhaltigen MOX-BE im Akw Gundremmingen haben im Jahr 1991 rund 40.000 BürgerInnen Einwendungen erhoben. Gegen den Bau des Castor-Zwischenlagers haben im Jahr 2001 rund 98.000 BürgerInnen Einwendungen erhoben. Wir werden jetzt die Bevölkerung weiter informieren, welche zusätzlichen Risiken in Gundremmingen geplant sind und protestieren gegen diesen Plan, in Gundremmingen wohl die größte Plutoniumanlage Deutschlands zu betreiben.

R.K.